Bundesrat **Drucksache** 7/1/86

30.01.86

Antrag

des Landes Hessen

zum

Gesetz über eine Wiedereingliederungshilfe im Wohnungsbau für rückkehrende Ausländer

- Punkt 8 der 56o. Sitzung des Bundesrates am 31. Januar 1986 -

Der Bundesrat möge beschließen:

Dem Gesetz wird nicht zugestimmt.

Begründung:

Das Gesetz stellt eine Fortsetzung der Rückkehrprämienpolitik der Bundesregierung dar, die aus sozialpolitischen Gründen abzulehnen ist.

Zudem hat das Gesetz mit sozial abgesicherter Rückkehr wenig zu tun. Es bestehen Bedenken gegen die Ausgestaltung der Rückzahlungsverpflichtungen, die Begrenzung auf die Bausparsumme von 6o.ooo DM sowie angesichts des Umstandes, daß die Rückzahlung der Bauspardarlehen auf große praktische Schwierigkeiten stoßen dürfte. Das Gesetz ist insbesondere auch deshalb abzulehnen, weil es die Bausparförderung im Heimatland mit der Verpflichtung verbindet, die Bundesrepublik zu verlassen und nicht mehr zurückzukehren.

Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 20 08 21, 5300 Bonn 2
ISSN 0720-2946